



Handels- und Industrieverein des Kantons Schwyz

P2P
Pi2PROCESS

AUSLESE

Adressen H+I Kanton Schwyz

H+I-Präsident

Andreas Kümin
Mc PaperLand
Mühlenerstrasse
8856 Tuggen
Tel. 041 465 66 66
Fax 041 465 66 67
andreas.kuemin@mcpaperland.ch
www.mcpaperland.ch

H+I-Geschäftsführer

Roman Weber
lic. iur. Rechtsanwalt
Anwaltskanzlei Weber
Schützenstrasse 2
Postfach 618
6431 Schwyz
Tel 041 820 34 44
Fax 041 820 34 55
info@h-i-sz.ch

Partner für alle Finanzfragen

Schwyzer Kantonalbank
Bahnhofstrasse 3
Postfach 263
6431 Schwyz
Tel. 058 800 20 20
kundenzentrum@szkb.ch
www.szkb.ch

Für die H+I-AUSLESE nehmen in den einzelnen Regionen gerne Meldungen entgegen

Schwyz–Brunnen–Steinen–
Küssnacht–Gersau–Arth–Goldau:
Roman Weber
Tel. 041 820 34 44
info@h-i-sz.ch

March, Höfe, Einsiedeln:
Georges Kaufmann
Tel. 079 420 27 58
axa@kconsult.ch

Gesamtverantwortung

für die H+I-Auslese
(Herausgabe und Redaktion):
Sekretariat H+I
Redaktion Teil «SZ»:
Franz Steinegger, Schwyz
Tel. 041 819 08 76
Abschlussredaktion:
RA Dr. iur. Reto Wehrli, Schwyz
Tel. 041 811 80 80
Satz, Druck, Spedition:
Bruhin Spühler AG,
Freienbach
Tel. 055 415 34 34
www.bruhin-druck.ch

Sekretariat Wirtschafts- wochen

Georg Stäheli
Treuhandbüro
Kirchstrasse 42
Postfach
8807 Freienbach
Tel. 055 415 78 00
Fax 055 415 78 01
g.staeheli@staeheli-treuhand.ch

Indexe

<https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/preise.html>

Inhaltsverzeichnis

| | |
|------------------------------------|------|
| Editorial | 3 |
| SZ | |
| Wirtschaftsmeldungen | 4–6 |
| Aktuell | 7 |
| CH | |
| Themen | 8–10 |
| Kommentar zum Zeitgeschehen | |
| Der Weg ist das Ziel | 11 |

NEIN zur Zersiedelungsinitiative



Roman Weber

Liebe Leserinnen
Liebe Leser

Am 10. Februar 2019 stimmen wir über die Volksinitiative «Zersiedelung stoppen – für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung (Zersiedelungsinitiative)» der Jungen Grünen ab. Mit der Zersiedelungsinitiative soll die Gesamtfläche der Bauzonen in der Schweiz auf dem heutigen Stand eingefroren werden. Ausnahmen sollen abschliessend in der Verfassung – und nicht wie sonst üblich in einem Gesetz – geregelt werden.

Die Jungen Grünen wollen mit ihrer Initiative die Natur und die Landschaft schützen. Dabei schiessen sie aber weit über das Ziel hinaus und berücksichtigen die Bedürfnisse der Bevölkerung und der Wirtschaft nicht. Zudem sind die Auswirkungen des revidierten Raumplanungsgesetzes, welches nach der angenommenen Volksabstimmung am 1. Mai 2014 in Kraft

getreten ist und die Forderungen der heutigen Initianten weitgehend erfüllt, heute noch nicht bekannt.

Bei Annahme der Initiative wird die wirtschaftliche Entwicklung sowohl der bestehenden als auch von neuen Unternehmen massiv beschränkt, was sich im Endeffekt negativ auf die Zahl der Arbeitsplätze auswirkt. Denn bestehende Unternehmen ohne Reserveflächen werden kaum neue Gewerbeflächen hinzukaufen können und neue Unternehmen werden bei Annahme der Initiative grösste Schwierigkeiten haben, überhaupt Gewerbeflächen zu beschaffen. Jedes Unternehmen mit ungenutzter Reservefläche müsste diese für künftiges Wachstum nämlich notwendigerweise behalten, da keine neuen Gewerbeflächen eingezont werden dürfen.

Zudem kann trotz Verdichtung mittel- und langfristig nicht mehr genügend Wohnraum zur Verfügung gestellt werden. Das hat zur Folge, dass der Wohnraum teurer wird und sowohl die Landpreise als auch die Mieten steigen werden.

Sodann nimmt die Initiative den Gemeinden und Kantonen Handlungsspielraum weg und führt zu einer weiteren Zentralisierung der Raumplanung. Zudem werden Kantone, die in der Vergangenheit grosszügig eingezont haben, bevorteilt. Der Kanton Schwyz aber, der immer darauf bedacht war, nur so viel Land einzuzonen, als in einem Zeithorizont von 15 Jahren benötigt wird, wäre klar benachteiligt. Denn einerseits würde das Wohnen im Kanton Schwyz noch teurer, da sich der Boden noch schneller verknappt

als in Kantonen mit grosszügigeren Einzonungen, und andererseits würde das Wirtschaftswachstum stärker gebremst als in Kantonen mit grösseren Landreserven.

Aus all diesen Gründen ist die Zersiedelungsinitiative abzulehnen.

Roman Weber
Geschäftsführer
H+I Kanton Schwyz

Arbeitslosenquote auf tiefstem Stand seit 2012

Die Finanzkrise vom Herbst 2008 und der Frankenschock mit der Aufhebung des Mindestkurses von 1.20 gegenüber dem Euro von Mitte Januar 2015 sind absorbiert, die Beschäftigungslage ist so gut wie seit sechs Jahren nicht mehr. Auf den Schwyzer Arbeitsämtern waren Ende Dezember 1173 Arbeitslose gemeldet. Das sind fast 500 weniger als vor Jahresfrist. Übers ganze Jahr gerechnet zählte man durchschnittlich 1215 Arbeitslose, so wenige wie seit 2012 nicht mehr. Gegenüber November hat sich die Zahl der Arbeitslosen «nur» um 41 Personen erhöht, was Hubert Helbling, Vorsteher des Amtes für Arbeit, als «moderat» bezeichnet. Die Zunahme ist saisonal bedingt und geht fast ausschliesslich auf das Konto des Baugewerbes. Die tiefe Arbeitslosigkeit ist auf die gute Konjunktur zurückzuführen. «Die Wirtschaft hat sich auf die Frankenstärke eingerichtet und die Weltwirtschaft lief gut», zählt Helbling die zwei Hauptfaktoren auf. Allerdings seien gerade diese äusseren Faktoren risikobehaftet. Ungewissheit bestehe wegen des Handelsstreits zwischen den USA und China, der Verschuldung Italiens und wegen des Brexit. Auch die Börse sei derzeit nicht stabil. Helbling erwartet jedoch, dass sich die Arbeitslosigkeit ab Februar saisonal bedingt zurückbilden wird. Der Rückgang werde im Kanton Schwyz etwas weniger deutlich ausfallen als landesweit, da Schwyz mit 1,3 Prozent gegenüber 2,7 Prozent landesweit jetzt schon eine tiefe Quote habe.

Schwyz hat verhältnismässig wenig Baulandreserven

Der Kanton Schwyz ist 908 Quadratkilometer gross. 40 km² – genauer: 4046 Hektaren – sind Bauzonen. In dieser Berechnungsmethode sind auch Freizeit-, Tourismus-, eingeschränkte Bauzonen (Freihalteflächen wie Parks oder Spielplätze innerhalb der Bauzonen) und in Ausnahmefällen Verkehrszonen (Quartierstrassen) enthalten. Nimmt man die Strassen auch noch hinzu, so beträgt die überbaute Fläche 5500 Hektaren, was rund sechs Prozent der Gesamtfläche entspricht. Von den eingangs erwähnten gut 4000 Hektaren sind 3724 Hektaren bebaut und 322 Hektaren unbebaut. Das entspricht neun Prozent der derzeit rechtsgültig ausgeschiedenen Bauzonen. Die Zahlen wurden letztmals im Herbst 2018 erhoben, sind also aktuell. Mit diesen Baulandreserven liegt der Kanton Schwyz im Vergleich zu anderen Kantonen im unteren Bereich. Den tiefsten

Wert hat der Stadtkanton Basel mit drei Prozent, die höchsten Reserven an unbebautem Bauland weist der Kanton Wallis mit 22 Prozent aus. Diese Puffer sind nicht unwesentlich im Hinblick auf die am 10. Februar zur Abstimmung gelangende Zersiedelungsinitiative, welche den Stopp von neuen Bauzonen fordert.

Schwyz Firmenboom hält an

Im Schwyzer Handelsregister waren an Neujahr 18 151 Firmen eingetragen, erneut 2,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Diese Zunahme ist überdurchschnittlich. Der Kanton Schwyz liegt dabei gesamtschweizerisch auf dem sechsten Platz. Von über 18 000 eingetragenen Firmen waren 1223 Neugründungen. Zudem haben im vergangenen Jahr 437 bereits bestehende Gesellschaften ihren Sitz neu in den Kanton Schwyz verlegt. 434 Gesellschaften haben im vergangenen Jahr den Kanton Schwyz verlassen. «Das stetige Wachstum unterstreicht, dass der Kanton Schwyz als Wirtschaftsstandort attraktiv ist», sagt Othmar Aeschi, Leiter des Handelsregisters des Kantons Schwyz. Die Gründe des konstanten Firmenzuwachses seien in der zentralen Lage, im Angebot an qualifizierten Arbeitskräften, in der aktiven Standortvermarktung, der liberalen Wirtschaftspolitik und nicht zuletzt in landesweit einer der tiefsten Steuerbelastungen für Unternehmen und Privatpersonen zu suchen.

Weniger Steuern, mehr Defizite

Die Budgetierung 2019 ist abgeschlossen. Der grosse Trend: Der Kanton und neun Gemeinwesen senken ihre Steuersätze, dafür sind 29 von 33 kommunalen Budgets defizitär. Der Kanton senkt nach vorübergehend angespannter Finanzlage per 2019 seine Steuern von 170 auf 160 Prozent. Zusätzlich haben acht Gemeindeversammlungen und die Bezirksgemeinde March weitere Steuersenkungen beschlossen. Steuererhöhungen per 2019 gibt es nur in drei Gemeinden, in Arth, Wollerau und am stärksten in Unteriberg. Dort musste sogar um 15 Prozent erhöht werden. Die Budgetierung zeigt auch, dass nur vier Gemeinden (Ingenbohl, Sattel, Illgau, Wangen) einen Mehrertrag budgetiert haben. Alle anderen rechnen mit Defiziten, von 23 000 Franken (Riemenstalden, Unteriberg) bis zu 3,5 Mio. (Küssnacht), 4,1 Mio. (Schwyz), 4,4 Mio. (Lachen), 4,9 Mio. (March) oder sogar 8,2 Mio. Franken (Wollerau). Alle Gemeinden gemeinsam haben für 2019 einen Ausgabenüberschuss von 56,4 Mio. Franken veranschlagt.

Satter Gewinn für BZ Bank

Die in Wilen bei Wollerau ansässige BZ Bank von Martin Ebner erzielte in ihrem am 30. November abgeschlossenen 34. Geschäftsjahr einen Jahresgewinn von 25,9 Mio. Franken (Vorjahr 32,2 Mio.). Die Beratung eines ausgewählten Kundenkreises im Bereich Beteiligung und die Verwaltung von Kollektivanlagen für kotierte und nicht kotierte Beteiligungspapiere bilden unverändert die Kerntätigkeit der BZ Bank und tragen den Hauptteil zum Gesamtergebnis bei. Der Erfolg aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft betrug in der Berichtsperiode 37,7 Mio. Franken (Vorjahr 38,0 Mio.). Das Handelsgeschäft verbuchte einen Verlust von 2,3 Mio. Franken (Vorjahr Gewinn von 6,2 Mio.). Im Zinsengeschäft resultierte aufgrund der Erhebung von Negativzinsen durch die Nationalbank wie schon in den Vorjahren ein Verlust. Die Bilanzsumme betrug am Stichtag 294 Mio. Franken (Vorjahr 364 Mio.). Das Eigenkapital der BZ Bank wird mit 58,2 Mio. Franken ausgewiesen (Vorjahr 62,3 Mio.). Der Depotwert der Kundenvermögen (hauptsächlich Aktienbestände) lag zum Ende des Geschäftsjahres bei 13,1 Mrd. Franken (Vorjahr: 14,6 Mrd.).

Estée Lauder reicht Baugesuch ein

Mit rund 30 Marken gehört Estée Lauder Companies mit Hauptsitz in New York zu den Weltmarktführern in der Herstellung und dem Vertrieb von Hautpflegeprodukten, Make-up, Parfüm und Haarpflegeartikeln. Die Estée Lauder AG ist seit rund 40 Jahren in Lachen ansässig. Sie beschäftigt 353 Personen und gehört damit zu den grössten Arbeitgebern im Kanton Schwyz. Wie dem Amtsblatt zu entnehmen ist, wird der bereits angekündigte Ausbau des Unternehmens nun in Angriff genommen. Ausgeschrieben ist das Baugesuch für den An- und Umbau «Plant» am Sitz an der Feldmoosstrasse.

Gesuche für Arbeit an Sonn- und Feiertagen nehmen stark zu

Die vom Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) bewilligten Gesuche für Sonn- und Feiertagsarbeit sind über die letzten drei Jahre um 30 Prozent angestiegen. 2018 wurde sie für über 70 000 Arbeitsplätze dauerhaft – also nicht nur für kurzfristige Ausnahmen – bewilligt. Auch im Kanton Schwyz nimmt die Zahl der Bewilligungen tendenziell zu. 2016 waren es noch 280. 2017 dann bereits 319, 2018 waren es bis Anfang Sep-

tember bereits 307. Das Vorjahr dürfte also wiederum übertroffen werden. Als Begründung wird grundsätzlich das Konsumbedürfnis aufgeführt, sehr häufig aber auch eine technische oder wirtschaftliche Unentbehrlichkeit. Da die Feiertage, die den Sonntagen gleichgestellt sind, in den Kantonen unterschiedlich festgelegt sind, ersuchen ausserdem viele in der Schweiz oder international aktive Unternehmen um Ausnahmegewilligungen, damit ihre Angestellten an Feiertagen arbeiten können. So ist in den letzten Jahren die Anzahl der Anfragen bezüglich Ausnahmegewilligungen für Feiertagsarbeit landesweit konstant gestiegen. Laut Werner Scherrer, Leiter des Schwyzer Arbeitsinspektorats des Kantons Schwyz, sind die Zahlen für kurzfristige, vorübergehende Bewilligungen – wie sie beispielsweise vom Verkauf für vier Sonn- oder Feiertage im Jahr beantragt werden dürfen – «gleichbleibend bis leicht steigend». 2018 habe man 450 solcher kurzfristiger Bewilligungen gesprochen, 20 abgelehnt.

Fusion in der OC-Oerlikon-Gruppe

In der OC-Oerlikon-Gruppe ist eine Zusammenlegung der Unternehmen vorgenommen worden. Die in Pfäffikon domizilierte OC Oerlikon Textile Holding AG hat durch Fusion die OC Oerlikon Textile Schweiz AG übernommen. Gemäss Fusionsvertrag sind damit Aktien von 74,4 Mio. Franken und ein Fremdkapital von 847 000 Franken an die Holding übergegangen. Diese hat bereits bisher sämtliche Aktien der übernommenen Firma gehalten. Damit war aufgrund der Fusion weder eine Kapitalerhöhung noch eine Aktienzuteilung erforderlich.

Enerprice neu in den Top 5 Prozent der Schweizer Energieversorger

Enerprice – das Energie-Treuhand Unternehmen des Brunner Kantonsrats René Baggenstos – gehört ab dem 1. Januar 2019 zu den Top 5 Prozent der grössten Schweizer Energieversorger. Weiter durfte Enerprice in den letzten fünf Jahren für rund 350 Betriebstätten über 2300 Energie-Sparmassnahmen identifizieren und dadurch mehr als 55 000 Tonnen CO₂ und 190 GWh Energie einsparen helfen. Der einzige Full Energie Provider der Schweiz beschaffte im Jahr 2018 für mehr als 1200 Betriebe aus einer Hand Strom, Erdgas, Heizöl, Diesel und Herkunftsnachweise.

Einsiedler Megaprojekt geht bachab

Mehr als 100 Parkplätze, über 2000 Quadratmeter Wohnfläche und über 4000 Quadratmeter Gewerbefläche in zwei rund 100 Meter langen, viergeschossigen Gebäuden entlang der Gleise: Beim Einsiedler Bahnhof hätte etwas Grosses entstehen können. Die Südostbahn (SOB) und die Post haben in den vergangenen Monaten hinter den Kulissen an dieser Überbauung gearbeitet. Auch der Bezirk Einsiedeln war involviert. Ende Dezember wurde bekannt, dass die SOB und die Post das Projekt per sofort stoppen. Die Bauherren werfen dem Bezirk vor, das Vorhaben mit zahlreichen Auflagen verunmöglicht zu haben. Insbesondere die Auflagen zum Bau einer Fuss- und Radwegverbindung unter den Gleisen zur Gaswerkstrasse sowie der vorgeschriebene Gewerbeanteil von mindestens 50 Prozent hätten das Projekt vereitelt, heisst es in einer Mitteilung von SOB und Post. Bezirksammann Franz Pirker zeigte sich erstaunt und enttäuscht über «den abrupten Übungsabbruch». Die Auflagen und Vorschriften – insbesondere auch die beiden grossen Kritikpunkte betreffend die Unterführung und den Gewerbeanteil – seien von Anfang an klar gewesen. Mit dem Scheitern können wohl auch die Planungen rund um den Sennhof- und Bahnhofplatz sowie den Bushof nicht wie vorgesehen realisiert werden. Dies weil der von der Post und der SOB angebotene Boden nun nicht verfügbar sein wird.

Seewener Firma baut für 100 Millionen

Das Transportunternehmen Planzer mit Hauptsitz in Seewen SZ wächst. In Wikon im Kanton Luzern investiert das Unternehmen 100 Millionen Franken, um das Firmenareal dort massiv zu vergrössern. Geplant sind ein grosses Logistikcenter sowie eine Bahnhalle. Neu sollen dort 210 Angestellte arbeiten. Am Hauptsitz in Seewen, bei der Tochtergesellschaft Senn Transport AG, sind derzeit rund 175 Personen beschäftigt. Das Grossprojekt in Luzern hat keinen Einfluss darauf. Seewen behält demnach alle Jobs, bleibt Hauptsitz, und die Planzer Transport AG zahlt ihre Steuern weiterhin in der Gemeinde Schwyz. Das Projekt in Luzern lässt Planzer weiter wachsen. Bereits heute beschäftigt die Firma über 5000 Mitarbeiter und unterhält 59 Standorte in der Schweiz. Dazu hat sie unter anderen Niederlassungen in Deutschland, Frankreich und China.

Rigi-Aktien sind hoch im Kurs

Die Rigi Bahnen AG schreibt 2018 neue Rekorde. Sie beförderte letztes Jahr 970 000 Personen. Der Berg ist bei Schweizer Tagesausflüglern und asiatischen Touristen sehr beliebt und durch vier Bahnanlagen erschlossen. Das hat Auswirkungen auf den Unternehmenswert. Der Aktienkurs hat sich in den letzten fünf Jahren fast verdreifacht. Die Wertpapiere haben einen Nennwert von 5 Franken, gehandelt wird die Aktie derzeit für 10,50 Franken. So sind die Rigi-Aktien auch bei den umliegenden Gemeinden begehrt: Weggis beabsichtigt, für 1,4 Mio. Franken Aktien zu erwerben. Ein entsprechender Antrag wird der Gemeinde vorgelegt. Bereits heute hält die Gemeinde 10 000 Aktien. Arth verfügt über 54 000 Aktien, Vitznau hat deren 50 000 im Portfolio. Insgesamt gibt es 3,6 Millionen Aktien der Rigi Bahnen AG, wovon das Tourismusunternehmen Ende Dezember 2017 rund 244 400 selber hielt.

Coop zügelt Essigproduktion nach Brunnen

Die Reismühle Brunnen und die Essigproduzentin Nutrex werden zwar bereits als gemeinsame Firma – eine Tochter von Coop – geführt. Produziert wurde bislang aber an unterschiedlichen Standorten. Dies soll sich nun ändern: Die nicht mehr zeitgemässe Anlage in Busswil im Kanton Bern wird aufgegeben. Neu wird der Essig am Standort in Brunnen produziert. So sollen Synergien in Technik und Logistik sowie zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden. Dieses Vorhaben ist für die Schwyzer Wirtschaft eine Erfolgsmeldung: Nutrex produzierte 2018 insgesamt 9 Millionen Liter Essig, was zwei Drittel des Schweizer Marktes ausmacht. Mit der Integration der Firma Nutrex in die Reismühle Brunnen werden in der Region Schwyz 20 Arbeitsplätze geschaffen. Nirgendwo sonst wird in der Schweiz so viel Essig produziert.

Die Wirtschaftsmeldungen wurden aus Beiträgen der Zeitungen Bote der Urschweiz, Einsiedler Anzeiger, Höfner Volksblatt, March Anzeiger sowie der Schweizerischen Depeschagentur (sda) zusammengestellt.

Europäische und weltweite Baustellen

Der H+I-Stehlunch vom 14. Dezember in Pfäffikon stand unter dem Titel «Trump, Brexit, Italien: Wie lange kann das gut gehen?» Economiesuisse-Chefökonom Rudolf Minsch präsentierte Statistiken und zog interessante Schlüsse.

Zusammenhänge aufzeigen und deutlich machen, wie fragil viele Systeme sind, war das Anliegen von Rudolf Minsch. Mit Zahlen und Grafiken nahm er sich der aktuellen Situation, bezogen auf Trump, Brexit und Italien, an. Zunächst zeigte er eine Erhebung zu den grössten Risiken für die Weltwirtschaft im November.

An erster Stelle stand zwar der Handelsstreit zwischen den USA und China. Doch Themen wie EU-Schuldenkrise und der Wechselkurs zwischen Schweizer Franken und Euro hätten dazu geführt, dass 50 Prozent der Risiken ihren Ursprung im europäischen Raum hatten. «Trump war nur 30 Prozent des Risikos, und 20 Prozent waren hausgemacht», sagte Minsch.

Trump will seine Wahlversprechen umsetzen

Amerika und auch die Welt hätten mit Donald Trump einen der wenigen Präsidenten bekommen, der versuche, seine Wahlthemen 1:1 umzusetzen. «Er zettelt lieber einen Handelskrieg an als gar keinen. Doch es verlieren alle», gab Rudolf Minsch zu bedenken. Als Beispiel machte er die Rechnung zum iPhone 8. «Wenn das Gerät im Laden 800 Dollar kostet und für Material 200 Dollar weggehen, tun die 7,40 Dollar für die Herstellung in China niemandem weh», führte der Ökonom aus. Das Anliegen der USA sei es jedoch, China zurückzubinden im Kampf um die neusten Techniken. Mit einem Zwi-



Gewerbepräsident Karl Fisch (links) mit Teilnehmern am Stehlunch des Handels- und Industrievereins des Kantons Schwyz.

schensatz erinnerte er kurz daran, dass auch das nicht neu sei. «Die Chemie ist auch so nach Basel gekommen.»

Zu den Folgen des Brexit für Grossbritannien unterschied Ökonom Minsch zwischen geordnetem und ungeordnetem Ausstieg aus der EU. Man gehe davon aus, dass der Preis eines geregelten Austritts bei drei Prozent Verlust beim Bruttoinlandprodukt liege. Könne man sich nicht einigen, dürften es schnell acht Prozent werden, «die dann schmerzhaft sind».

Der Referent führte zudem ins Feld, dass die sehr hohen Immobilienpreise zu vielen Schäden führen könnten, falls «es kracht».

Italien ist ärmer geworden

Mit Blick auf die italienische Wirtschaft und Politik führte Rudolf Minsch drei Gründe auf, die zu Besorgnis Anlass geben. Die Staatsverschuldung sei mit 130 Prozent enorm hoch, und viele der Schuldscheine würden von den Banken gehalten. Zudem müsse Italien 2019 neue Kredite aufnehmen, was garantiert teuer werde. Die Arbeitsproduktivität sei im Gegensatz zur Schweiz kaum gestiegen, und das Bruttoinlandprodukt sei tiefer als zur Zeit des Wohlstands vor der Krise von 2008. Kurz und bündig: Italien ist ärmer als vor der Finanzkrise.

Im Referat kamen auch Themen wie die in der Schweiz eingeführte Schuldenbremse oder das Ausbleiben einer Inflation zur Sprache. Nach einer knappen Stunde war genügend Gesprächsstoff für den kulinarischen Teil beim Stehlunch im «Seedamm Plaza» vorhanden. Rudolf Minsch stand für Fragen zur Verfügung. Auch die Pflege der Netzwerke hat an diesem Anlass jeweils grossen Stellenwert. Andreas Kümin, Präsident des H+I, zeigte sich erfreut, dass der Besuch mit mehr als 50 Personen über dem Durchschnitt lag.

(Aus dem March Anzeiger)

Neue Geschäftsgrundsätze beim Impact-Investing

Der Schweizer Finanzsektor begrüsst die von der Internationalen Finanz-Korporation (IFC) entwickelten Prinzipien für das Impact-Investing. Dies hat eine Konsultation bei den über 100 Mitgliedern des Vereins «Swiss Sustainable Finance» (SSF) ergeben. Die Ergebnisse wurden am Partnertreffen von der IFC und dem SECO in Bern diskutiert.

Impact-Investing strebt neben einer finanziellen Rendite auch positive soziale und ökologische Auswirkung an. Die Nachfrage nach solchen Finanzdienstleistungen ist in den letzten Jahren massiv gestiegen – vor allem auch bei Investitionen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Dies bedeutet eine grosse Chance für den Schweizer Finanzplatz und eine Möglichkeit, dazu beizutragen, die nachhaltigen Entwicklungsziele der UNO zu erreichen. Allerdings braucht es Prozesse und Garantien, damit solche Investitionen tatsächlich nachhaltig wirken und keine leeren Versprechungen machen.

Die IFC hat nun neue Standards entwickelt, mit dem Ziel, den Prozess beim Impact-Investing weiterzuentwickeln und zu stärken. SSF begrüsst die Standards als wichtigen Rahmen für Transparenz und Glaubwürdigkeit. Allerdings müssten die Standards effizient umgesetzt werden können, um die administrativen Hürden für die Marktakteure auf einem vernünftigen Niveau zu belassen. Dazu werde man die Entwicklung genau verfolgen und von Seiten des Schweizer Finanzsektors weitere Beiträge leisten. Für SSF ist es auch wichtig klarzustellen, dass sich die neuen Standards ausschliesslich auf die Geschäftsprozesse beziehen und nicht auf die Messung einer sozialen oder ökologischen Wirkung. Das SECO hat als Netzwerkpartner von SSF den Austausch zwischen der IFC und den Mitgliedern von SSF moderiert.

Steigende Nachfrage nach nachhaltigen Finanzierungen

Die Nachfrage nach Impact-Investing ist in den letzten Jahren enorm gestiegen und kann dazu beitragen, die nachhaltigen Entwicklungsziele der UNO zu erreichen. Bereits heute bekennen sich 94 Banken in 37 Ländern zu den sogenannten «Equator Principles». Diese sind aus einem von der IFC entwickelten Rahmenwerk entstanden, das soziale und ökologische Risiken in der Projektfinanzierung angeht. 80 Prozent der Projektfinanzierung in Schwellenländern erfolgen heute nach diesen Prinzipien.

Die Schweiz spielt bei nachhaltigen Finanzdienstleistungen eine führende Rolle. Etwa ein Drittel aller privaten Entwicklungsinvestments wird in der Schweiz umgesetzt. In den letzten drei Jahren haben allein die Investitionen von Schweizer Akteuren von 5,5 auf 8 Milliarden US-Dollar zugenommen. Als Aktionär der Weltbank unterstützte die Schweiz die Einführung und stete Weiterentwicklung entsprechender Standards durch die IFC stark.

Die Schweiz arbeitet mit verschiedenen Instrumenten

In einer kürzlich lancierten Zusammenarbeit mit der IFC unterstützt das SECO zusätzliche Bemühungen für beste Praktiken im grünen Anleihenmarkt in Entwicklungs- und Schwellenländern. Das SECO will zudem insbesondere durch die SIFEM AG, die Gesellschaft zur Entwicklungsfinanzierung des Bundes, Know-how und Ressourcen beim Privatsektor mobilisieren, um seine Ziele in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung zu erreichen.

(SECO)

Die Bundesfinanzen haben eine Schuld gegenüber den Steuerzahlern

Ein Budget mit grossem Gewinn

Das Budget der Eidgenossenschaft für 2019, kurz vor Weihnachten von den Räten verabschiedet, sieht einen Gewinn von rund 1,3 Milliarden vor. Dieses bril-

lante Ergebnis resultiert aus Ausgaben im Umfang von 72,3 Milliarden (+1,8% im Vergleich zum Vorjahr) und geschätzten Einnahmen von 73,6 Milliarden (+3,1%).

Das Budget beinhaltet 41 Millionen mehr Ausgaben, als vom Bundesrat ursprünglich beantragt. Nach Ausgabenkürzungen im Bereich Verwaltung und Soziales beschloss das Parlament für Bildung und Forschung einen grosszügigeren Rahmen.

Im Vergleich zum Vorjahr kann dieses Ausgabenwachstum toleriert werden, da es nicht schockierend weit von der BIP-Entwicklung entfernt ist (vom Seco auf +2,6% im Jahr 2018 und auf 1,5% im Jahr 2019 geschätzt). Das Wachstum ist hingegen klar grösser als die Inflation, die sich bei rund 1% bewegt. Die Bereiche, welche hauptsächlich vom Ausgabenwachstum profitieren, sind Sicherheit, Bildung, Forschung und die Altersvorsorge.

Nicht zu vergessen ist, dass wir vom Budget sprechen. In der Mehrheit der Fälle zeigt die Rechnung ein wesentlich besseres Bild als budgetiert. Diese Regelmässigkeit ist nur einmal in den letzten 15 Jahren verletzt worden: 2017 sah das Budget einen Verlust von 250 Millionen Franken vor; die Rechnung schloss mit einem Überschuss von 2,8 Milliarden ab. Für 2018 wird ein Überschuss von 2,3 Milliarden erwartet, anstatt der budgetierten 300 Millionen. Vorsichtig kann davon ausgegangen werden, dass auch 2019 ein Überschuss resultiert, der alle Erwartungen übertrifft.

Der Staat kassiert regelmässig zu viel

Zahlenspielerereien machen hingegen nur Sinn, wenn auch politische Schlussfolgerungen daraus gezogen werden. Die Bundesfinanzen sind nachhaltig gesund. Die gute Verfassung der Finanzen spiegelt nicht nur die Ausgabendisziplin wider (auch wenn zu betonen ist, dass die Ausgaben niemals abnehmen), sondern auch, dass der Bund immer mehr Steuern einnimmt.

Grundsätzlich ist es ungesund, wenn der Staat nachhaltig zu viel einnimmt. Diese Situation lässt so manchen davon träumen, die Ausgaben für öffentliche Aufgaben mit grosser Kelle anzurühren. Aufgaben, die nicht einem realen Bedürfnis entstammen, sondern einzig und allein befriedigt werden, weil das Geld dazu ist. Andere wiederum, weniger staatsgläubig und insgesamt vorsichtiger, freuen sich – nicht zu Unrecht – über die Gewinne, die helfen, den grossen Schuldenberg von rund 100 Milliarden abzutragen.

Es gibt aber auch noch eine weitere Position, die es zu beziehen gilt: Nimmt die Eidgenossenschaft regelmässig ein Zuviel an Steuern ein, gilt es, diese zu verkleinern und die Steuerlast des Einzelnen zu senken.

Reformbedarf

Darauf wird erwidert, dass dies schon vorgesehen sei. 2020 könnten, wenn alles wie geschmiert läuft, die ersten Resultate der Steuerreform (STAF) sichtbar sein. Diese sollte die Bundeseinnahmen um rund 1,4 Milliarden senken. Ab 2021 werden die Einnahmen aus der direkten Bundessteuer mit der Abschaffung der Heiratsstrafe um rund eine Milliarde reduziert.

Noch fehlt die Gewissheit, dass diese Reformen auch ins Ziel kommen. Das Projekt für eine ausgewogene Paarbesteuerung war bisher wenig erfreulich und der parlamentarische Hürdenlauf ist noch nicht gestartet. Mit Blick auf die Steuerreform und die AHV-Finanzierung ist es unabdingbar, dass diese an der Abstimmung vom kommenden Mai angenommen werden. In jedem Fall ist die erfolgreiche Rechnung des Bundes ein gewichtiges Argument für die Zustimmung zu dieser Reform. Der Bundeshaushalt wird auch nicht verarmen: Nach einem möglichen Defizit von 400 Millionen im Jahr 2020, wird gemäss Finanzplan 2020–2022 die Rückkehr zu den Überschüssen mit 100 Millionen für das Jahr 2021 und einer angenehmen Milliarde für das Jahr 2022 erwartet.

Nebst diesen punktuellen Reformen gilt es daran zu erinnern, dass die direkte Bundessteuer vom Prinzip her weiter höchst umstritten ist (auch wenn die Erfolgsaussichten zur Abschaffung der direkten Bundessteuer aktuell nicht rosig sind). Dazu beinhaltet sie eine unnötig schwindelerregende Progression, die für eine Mehrheit des Mittelstandes eine grosse Last darstellt. Unser Steuersystem hat insofern Anpassungspotential, als dass der Staat nur noch so viele Steuereinnahmen generiert, wie er auch tatsächlich zur Erfüllung seiner Aufgaben braucht.

(Centre Patronal)

Fachkräftepolitik als neues Politikfeld

Die Fachkräftepolitik soll sich ab 2019 als neues Politikfeld in der Schweiz etablieren. Die Koordination dazu wird das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) übernehmen. Die gesetzliche Grundlage legt das Ausländergesetz, welches das inländische Arbeitsmarktpotential ausschöpfen soll.

Der Bundesrat hat im Schlussbericht zur Fachkräfteinitiative festgehalten, dass er deren Aufgabe in die ordentliche Politik überführen wird. Die Zuständigkeit hat er dem Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) übertragen. Laut dem Bundesrat ist das Arbeitskräfteangebot in der Schweiz zwischen 2010 und 2018 auch dank der Fachkräfteinitiative um rund 417'000 Vollzeitstellen gewachsen. Mehr als ein Drittel davon ist auf eine höhere Erwerbsbeteiligung der inländischen Bevölkerung – mehrheitlich von Frauen – zurückzuführen. Die Landesregierung geht davon aus, dass der demographische Wandel, die Zuwanderungspolitik und die Digitalisierung in Zukunft zu einer Verknappung des Fachkräfteangebots führen wird. Der Handlungsbedarf für die verschiedenen Behörden auf Bundes- und Kantonebene sowie vor allem auch für die einzelnen Unternehmen und die Sozialpartner bleibt also weiterhin bestehen.

Der Versuch, ein neues Politikfeld «Fachkräftepolitik» zu etablieren, ist aus Sicht der Arbeitgeber richtig. Bildungs-, Arbeitsmarkt-, Migrations- und auch die Sozialpolitik sind eng miteinander verknüpft. Nicht zielführend wären Doppelstrukturen oder tiefe regulatorische Eingriffe in die verschiedenen traditionellen Politikbereiche. Durch Koordination und gezielteres Handeln der Akteure sollen einerseits die Unternehmen die benötigten Fachkräfte finden und effizient einsetzen können. Andererseits sollen möglichst viele Personen einer Erwerbstätigkeit nachgehen können.

Nicht von der Hand zu weisen ist das Spannungsfeld, in dem sich dieses neue Politikfeld bewegt. Die politische Forderung nach einer Begrenzung der Zuwanderung hat mit den Massnahmen zur Ausschöpfung des inländischen Arbeitsmarktpotentials (Art. 21a Abs. 1 AuG) zur gesetzlichen Grundlage dieses Politikfeldes geführt. Eine erfolgreiche, liberale Wirtschaftspolitik strebt jedoch nicht nach einer Begrenzung, sondern im Gegenteil danach, die Rahmenbedingungen für die Versorgung der Wirtschaft mit qualifizierten Fachkräf-

ten aus dem In- und Ausland zu verbessern, um Innovation, Wachstum und Wohlstand in der Schweiz zu sichern. Dieses Spannungsfeld kann aufgelöst werden, indem die Massnahmen im Bereich der Arbeitslosen – wie etwa die Stellenmeldepflicht – und jene im Bereich der Berufe mit hohem Fachkräftemangel ergänzend ausgestaltet werden. Dies stärkt auch die Akzeptanz für ein flexibles Zuwanderungsregime.

(Schweizerischer Arbeitgeberverband)

Der Weg ist das Ziel

Was es bedeutet, wenn der Weg das Ziel ist, erleben wir in nächster Nähe bei der Stoosbahn: nicht der Stoos ist das Ziel, nein, die Fahrt, der Weg dorthin, das ist das Ziel. Aber worauf richtet sich unser Denken? Zuerst auf das Ziel, auf das Ergebnis. Natürlich müssen wir Ziele erreichen, Ergebnisse erzielen. Aber müssten wir uns nicht auch immer ebenso sehr fragen wie wir diese Ziele erreichen, wie war der Weg dazu? Was ist ein tolles, auch finanzielles, Ergebnis wert, wenn wir nicht den Weg berücksichtigen, der gegangen wurde, um dieses Ergebnis zu erzielen? Da verblasst dann vielleicht der Glanz so manch eines tollen Resultats.

Ergebnisse lassen sich leicht messen und vergleichen, da kann man die Franken und Rappen zählen, die Stückzahlen, die Tonnagen und die Quadratmeter. Beim Weg wird es schwieriger, da muss man werten. Werten Sie doch einmal Ihren Weg, den Sie begehen, um Ihre Ziele zu erreichen. Wenn Sie mit Ihrem Weg zufrieden, ja stolz sind, dann haben Sie viel, sehr viel richtig gemacht.

Und wie sieht es in unserer Gesellschaft aus? Wie werten Sie den Weg unserer Politiker und Wirtschaftsführer, der Regierungen und Sportgrössen? Wenn der Weg zum Ziel ebenso ehrenhaft und eindrucksvoll ist wie das erreichte Ziel, dann haben wir echte Helden und Vorbilder. Und solche Helden und Vorbilder brauchen wir!

Woher nehmen wir unsere Vorbilder? Von oben. Die Gesellschaft entwickelt sich nicht wie die Natur von unten nach oben, sondern immer von oben nach unten. Unsere Vorbilder, denen wir nacheifern, stehen immer über uns. Beispiele? Schauen Sie sich die stolzen und prächtigen Herrenhäuser in unserer Umgebung an: aus der Gegend gewachsen, die bestehenden Tätsch-Häuser verbessert, vergrössert, dem alpinen Raum und Klima angepasst? Nichts von dem. Nachahmungen von den Schlössern und Palazzi, die man an ganz anderen Orten, bei fremden Herren gesehen hatte. Und wie haben sich die feinen Damen und Herren gekleidet: genau so, wie die Kaiser und Könige, Prinzen und Prinzessinnen, denen man als einfacher Bauer und Krieger gedient hatte. Und dann unsere Bauern und Knechte? Haben die eine eigenständige Form gefunden, wenn sie zeigen wollten, dass sie auch etwas sind? Nein, sie haben genau das übernommen, was die feinen Herr-

schaften – für die man sonst vielleicht nicht immer sehr viel übrig hatte – trugen. Sie wollten wie die Herren sein. Schauen Sie doch die wundervollen Trachten und Hauben unserer Bauertöchter an und die farbigen Sennengwändli unserer strammen Bauernburschen. Man will sein wie die da oben. Also: die Gesellschaft entwickelt sich immer von oben nach unten, das was oben ist, drückt durch, wird von unten übernommen!

Was bedeutet das? Unsere Idole, unsere Führer, sie sind Vorbilder, sie wirken, sie färben ab, von oben nach unten! Im Guten, wie im Schlechten. Und wenn ich mich umsehe, was sich da für Leader-Figuren auf der Weltbühne tummeln, möchte ich gerne hoffen, dass diese nicht wirken. Aber sie wirken, auch sie färben ab. Langsam, kontinuierlich. Und plötzlich ertappen wir uns, dass es uns auch zu gefallen beginnt, dass wir ähnlich tun, ähnlich denken. So wird es eben auch kleine Trümplein geben, gewollt oder ungewollt. Einfach, weil der Mensch so ist: er übernimmt, was über ihm steht.

Daraus ergibt sich die grosse, unbezahlbare Verantwortung für unsere Führerpersönlichkeiten. Führer sind Vorbilder, sie wirken immer. Messen wir sie also nicht nur an den Resultaten, die sie erreichen, sondern an ihrem Weg, den sie zur Erreichung ihrer Ziele gegangen sind. Der Weg ist das Ziel!

Guido Käppeli, Schwyz

Diese Ausgabe wird gesponsert von

Pi2 Process AG

Wolleraustrasse 15j, 8807 Freienbach

www.pi2process.ch

| Nr. | Datum | Sponsor | | |
|-----|------------|---|------------|---|
| 499 | 14.12.2017 | Tulux AG, Licht.Lumière, Tödistrasse 4, 8856 Tuggen | 507 | 24.09.2018 CONVISA AG, Unternehmens-, Steuer- & Rechtsberatung, Schwyz / Altdorf / Pfäffikon SZ |
| 500 | 25.01.2018 | Omidia AG, Homöopathische Heilmittel, Erlistrasse 2, 6403 Küsnacht am Rigi | 508 | 22.10.2018 Rotenfluebahn Mythenregion AG, Rickenbachstrasse 163, 6432 Rickenbach |
| 501 | 22.02.2018 | Biberbau AG, Industriestrasse 2, 8836 Biberbrugg | 509 | 22.11.2018 Meister & Co. AG, Schmuckmanufaktur Hauptstrasse 66, 8832 Wollerau |
| 502 | 22.03.2018 | A. Tschümperlin AG, Baustoffe, Oberneuhofstrasse 5, 6341 Baar | 510 | 18.12.2018 Steinel Solutions AG, Allmeindstrasse 10, 8840 Einsiedeln |
| 503 | 24.04.2018 | Spichtig AG, Frauholzstrasse 27, 6422 Steinen | 511 | 24.01.2019 Pi2 Process AG, Wolleraustrasse 15j, 8807 Freienbach |
| 504 | 22.05.2018 | Girsberger Informatik AG, Spezialitäten Software, Bahnhofstrasse 53, 6440 Brunnen | | |
| 505 | 19.06.2018 | Späni Immobilien AG, Neuhofstrasse 8, 8834 Schindellegi | | |
| 506 | 20.08.2018 | Käppeli, Strassen- und Tiefbau AG Schwyz, Riedmatt 3, 6423 Seewen-Schwyz | | |